

NACHRICHTEN

Sebastian Kurz auf Besuch in Belgrad

Bundeskanzler Sebastian Kurz reist am Samstag zu Gesprächen mit Serbiens Präsident, Aleksandar Vučić, und Ministerpräsidentin Ana Brnabić nach Belgrad. Neben bilateralen Beziehungen und dem Kampf gegen die illegale Migration steht auch die EU-Annäherung auf der Agenda. Vučić zeigte sich zuletzt frustriert über den stockenden Beitrittsprozess.

Italien debattiert über Atomenergie

Das Thema Atomenergie sorgt in Italien für politischen Zündstoff. Für Aufsehen sorgten Aussagen des Ministers für den ökologischen Wandel, Roberto Cingolani, wonach Italien Technologien der vierten Generation im Bereich Kernenergie in Betracht ziehen sollte. Cingolani zog sich die Kritik von Umweltschutzverbänden und der Fünf-Sterne-Bewegung zu. Die Fünf-Sterne hatten den Physiker und Ex-Manager des Rüstungskonzerns Leonardo im Februar zum Superminister für den ökologischen Wandel mit Kompetenzen im Energiebereich ernannt.

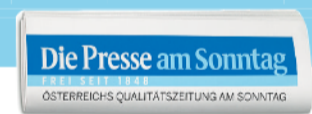
Vilnius ruft Diplomatin aus China zurück

Litauen hat wegen diplomatischer Spannungen mit China seine Botschafterin aus Peking zurückberufen. China hatte im August seinen Botschafter aus Litauen abgezogen, nachdem Taiwan angekündigt hatte, eine Landesvertretung in dem baltischen Staat zu eröffnen. Nur 15 Staaten erkennen Taiwan an.

Morgen in der „Presse am Sonntag“

Wie tickt Armin Laschet? Jürgen Streithammer auf Spurensuche in der Heimat des glücklosen CDU-Kanzlerkandidaten.

ZUM ABO: DiePresse.com/abo



Friedensdialog.

Vertreter der verschiedenen Lager Syriens sprachen in der Kreisky-Villa über Versöhnung.

VON WIELAND SCHNEIDER

Wien. Wie viel die syrischen Geheimdienste davon wissen, ist nicht ganz klar. Entgangen sind ihnen die regelmäßigen Treffen aber wohl nicht. Bisher ließen sie die Teilnehmer gewähren. Denn auch Kräfte im syrischen Regime sehen in den Zusammenkünften offenbar einen Beitrag zu Versöhnung und Stabilität in dem vom jahrelangen Krieg gebeutelten Land.

Seit 2016 trifft sich die vielfältige Runde, um in diskretem Rahmen über die Zukunft Syriens zu diskutieren: Es sind Exponenten der syrischen Zivilgesellschaft, Richter, Anführer einflussreicher Stämme und Familien, Religionsgelehrte, Exil-Aktivistinnen, einstige Politiker und Militärs, Vertreter verschiedenster Volksgruppen. Darunter sind Personen, die Freunde und Familienmitglieder haben, die möglicherweise von Familienmitgliedern anderer Teilnehmer umgebracht worden sind; Menschen, die nach der Logik des Krieges eigentlich Feinde sein müssten. Und die trotzdem gemeinsam über ein friedliches Zusammenleben reden. Der Ort ihrer geheimen Treffen wechselt stets: Einmal kamen sie bei Madrid zusammen, einmal in Berlin, in Paris – und jetzt in Wien.

„Es kann keinen Sieger geben“

Drei Tage lang sprachen nun 23 Vertreter dieses sogenannten Rats der syrischen Charta in der früheren Kreisky-Villa in Döbling miteinander. Vor den Sitzungen gaben alle die Mobiltelefone ab – um sicherzustellen, dass nicht aufgenommen wird oder unbefugte Dritte mithören. „Die Presse“ durfte an einem Nachmittag dabei sein und mit den Teilnehmern reden.

„Nach einem Krieg wie in Syrien kann es keinen Sieger geben“, sagt ein Mitglied der alawitischen Gemeinschaft, der auch Machthaber Bashar al-Assad angehört. „Wir versuchen hier gemeinsam, uns auf die Zeit nach dem Krieg vorzubereiten.“ Und der Vertreter eines wichtigen sunnitischen Stammes



In vielen Städten Syriens sind die Spuren des Krieges allgegenwärtig. [AFP]

stimmt ihm zu: „Wir teilen alle dieselbe Idee: Ein Leben im Krieg ist kein Leben. Wir warten nur darauf, bis das endlich vorbei ist.“

Es waren vor allem Alawiten, die ursprünglich die Treffen initiiert hatten. Damals – vor mehreren Jahren – sah es so aus, als könnte

das Regime den Krieg verlieren. Und in der religiösen Minderheit der Alawiten machte sich die Sorge breit, die Rechnung für die Taten des alawitischen Assad-Clans zahlen zu müssen. Zudem war unter den Aufständischen der Einfluss extremistischer Gruppen immer

größer geworden. Und für die jihadistischen Hardliner gelten Alawiten als „Ungläubige“, die als ganze Gruppe bekämpft werden müssen.

Mittlerweile hat sich aber – mithilfe Russlands und des Iran – das Kriegsglück zugunsten Assads gewendet. Die Zusammenkünfte des Rats der syrischen Charta sind aber weitergegangen. Jetzt gibt es ohnehin nur noch Verlierer.

Elf-Punkte-Plan

Keine Kollektivschuld ist einer der Punkte, auf den sich die Runde schon geeinigt hat. Soll heißen: Man wird nicht eine ganze Gemeinschaft für die Verfehlungen einiger ihrer Mitglieder verantwortlich machen. Jede Person muss selbst für ihre Verbrechen geradestehen. Das ist ein wichtiger Passus, da die Idee der kollektiven Haftung gerade im Umgang der Stämme miteinander verbreitet ist.

Es ist einer von elf Punkten, die die Teilnehmer der Treffen bereits in ihrer Charta verabschiedet haben. Auch das Recht der Flüchtlinge und Vertriebenen auf Rückkehr und Entschädigung ist festgeschrieben, oder das Bekenntnis zur territorialen Integrität Syriens. Zwei strittige Themen werden bei den Beratungen bewusst ausgeklammert: Welche Rolle Präsident Assad in Zukunft spielen soll. Und ob der Krieg nun die Folge einer Revolution oder das Produkt einer Verschwörung gegen Syrien ist.

Mehrere Vertreter der Rats der syrischen Charta sind sich einig: Es braucht auch den Willen der involvierten internationalen und regionalen Mächte, um den Krieg in Syrien zu beenden. Währenddessen müsse aber der Grundstein für die Zeit danach gelegt werden, für Versöhnung und ein Zusammenleben aller Bürger Syriens.

Freilassung ausverhandelt

Ob gekämpft wird oder nicht, hängt aber auch schon jetzt oft maßgeblich vom Willen lokaler Entscheidungsträger wie etwa wichtiger Dorf- oder Stammeschefs ab. Und hier können Vertreter des Rats der syrischen Charta Einfluss nehmen und vermitteln. Das geschah etwa 2018. „Es gab damals Probleme in der Provinz Suwaida“, erzählt einer der Teilnehmer am Wiener Treffen. Nach Auseinandersetzungen mit sunnitischen Kämpfern hatten Mitglieder der drusischen Minderheit mehrere Angehörige eines sunnitischen Stammes festgenommen. „Wir konnten schließlich ihre Freilassung vereinbaren.“

Der Unglücksrabe an Japans Regierungsspitze gibt auf

Rücktritt. Corona, Skandale und unbeliebte Olympische Spiele: Japans Premierminister, Yoshihide Suga, tritt nach nur einem Jahr Amtszeit ab.

Von unserer Korrespondentin ANGELA KÖHLER

Tokio. Pleiten, Pech und Pannen – bei der Coronabekämpfung hat der japanische Regierungschef eigentlich fast alles falsch gemacht. Und dann ließ Yoshihide Suga trotz der misslichen Pandemiebedingungen auch noch die beim Volk ungeliebten Olympischen Spiele durchziehen. Das Maß war voll, nur noch knapp 30 Prozent der Japaner schenken dem 72-Jährigen ihr Vertrauen. Deshalb gibt Suga nach nur einem Jahr als Premierminister auf, tritt bei der Wahl zum Präsidenten der regierenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP) Ende des Monats nicht mehr an und ist politische Geschichte.

Als ältester Amtsinhaber seit rund 30 Jahren verfügte Suga eigentlich über alle Erfahrung, um das Werk seines Vorgängers Shinzō Abe nach dessen überraschender Demission im vergangenen September weiterzuführen. Als Regierungssprecher war er beim Volk so bekannt, dass seine Zustimmungswerte zu Beginn bei 70 Prozent lagen. Aber eine Führungspersönlichkeit war er nie.

Stattdessen erwies sich der Politroutrinier als ängstlicher Zauderer ohne Fortune. Er verhängte und verlängerte mehrfach den Corona-Notstand, wollte aber nie riskieren, einschränkende Maßnahmen auch wirklich durchzusetzen. Zudem blockierte die Industrie-Lobby einen konsequenten Lockdown, um nicht noch weiter hinter China zurückzufallen.

Impfkampagne vermasselt So machte eigentlich jeder weiter, wie er wollte, und damit ließ sich die Pandemie nicht eindämmen. Vor allem nehmen die Japaner Suga übel, dass die Impfkampagne nicht auf Touren kam. Japans Pharma-Industrie brachte kein eigenes Vakzin auf den Markt, und das Misstrauen gegen ausländische Produkte bremste eine Durchimpfung immer wieder aus.

Japan trudelt derzeit in die fünfte Corona-Welle, die sich nach Olympia aufgebaut hat. Die Infektionszahlen klettern in die Höhe, viele Krankenhäuser arbeiten am Limit und müssen Patienten trotz schwerer Symptome ablehnen. Das Strukturproblem: Die weitgehend privaten und kleinteiligen Spitäler wollen und können nicht die Mittel für Corona-Intensivbetten aufbringen. Die schlechte Stimmung hätte Suga durchstehen können, andere Premiers vor ihm waren ähnlich unbeliebt. Aber mehrere peinliche

Niederlagen bei regionalen Wahlen ließen viele LDP-Granden daran zweifeln, dass mit diesem Mann an der Spitze die anstehenden Unterhauswahlen zu gewinnen sein würden. Und so drängten die Parteifreunde Suga zum vorzeitigen Abdanken. An den politischen Machtverhältnissen ändert das wenig.

Aufgrund der klaren Parlamentsmehrheit der Regierungskoalition in beiden Kammern des Reichstags gilt es als ausgemachte

Sache, dass ein LDP-Chef automatisch zum Premier gewählt wird. Ein starker Kandidat dafür zeichnet sich allerdings nicht ab. Und bisher hat auch noch keiner die Kandidatur für die Parteiwahl angekündigt.

Ex-Außenminister am Start

Genannt wird immer wieder Ex-Außenminister Fumio Kishida, der sich schon beim letzten Mal erfolglos beworben hat. Der 64-Jährige gilt zwar als besonnener Diplomat, doch er hat kaum Charisma. Ihm gegenüber steht Sanae Takaichi. Die 60-jährige stramme Rechtsnationale saß als Innenministerin schon im Abe-Kabinett. Auch der Name von Ex-Außenminister Tarō Kōno kursiert, aber der 58-Jährige ist verantwortlich für die Impfkampagne, somit sind seine Chancen gering.

Wer auch immer das Rennen macht, ein Manko bleibt: Nach mehr als sieben Jahren Abe-Regierung fällt Japan wieder in jene unseligen Zeiten zurück, als Premierminister wie durch eine Drehtür kamen und gingen.



Vom Pech verfolgt: Der japanische Premier Suga tritt von der politischen Bühne ab. [AFP]